am 14. d. M. erwartet wird. Während seines Aufenthalts, welcher drei Tage dauern wird, werden ihm zu Ehren verschiedene Festlichkeiten stattfinden. Also man ist noch „gut Freund", wenn auch nur äußerlich. Inzwischen aber denken die Russen, trotz der von Zeit zu Zeit in die Welt gesetzten Beruhigungsnachrichten, nur daran, sich in der Mandschurei häuslich einzurichten. Englischen Meldungen zufolge wird eifrig an den Kasernen weiter gebaut. Täglich treffen Frauen und Kinder der in der Mandschurei stehenden Offiziere aus Rußland ein. Weiter wird berichtet:

Die russischen Offiziere lachen, wenn man von der Möglichkeit eines Krieges mit Japan spricht. In der Provinz Kirin steht eine russische Division. Die Stadt selbst ist stark besetzt. In der Provinz Mukden finden fortwährend Truppenbewegungen statt, und während Admiral Alexejew behauptet, daß die Mehrzahl der Truppen am 23. April abgezogen sei, trafen noch im Mai große Munitions- und Fouragetransporte ein. Da Prinz Tsching sich dem russischen Gesandten Pokotilow gegenüber verpflichtet hatte, daß in Nordchina in der Marine- und Heeresverwaltung keine Ausländer verwendet werden sollten, trotzdem aber Japaner angestellt wurden, so versichern die Russen in Peking, daß man die chinesische Regierung zur Rechenschaft ziehen werde.

Welcher Art werden unter solchen Umständen die Erklärungen sein, mit denen der Kriegsminister Kuropatkin die Japaner über die Harmlosigkeit der russischen Absichten beruhigen will?

Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 8. Juni. (Aus der Praxis der Sozialgesetzgebung.) Während die unteren Verwaltungsbehörden unter der Herrschaft des alten Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes in dem einen oder dem anderen Falle Personen, die um Auskunft in Invalidenversicherungssachen nachsuchten, an den Vorstand der Versicherungsanstalt verweisen konnten, müssen die unteren Verwaltungsbehörden seit dem Bestehen des neuen Gesetzes über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten Auskunft erteilen. Die neue Einrichtung hat sich im allgemeinen bewährt. Ueber die Form der Auskunftserteilung sind keine Vorschriften erlassen. Die Auskunft kann also mündlich oder schriftlich beantragt und erteilt werden. Zur Vermeidung von Weiterungen wird es sich aber empfehlen, in den Fällen, in welchen es sich um Anfragen von erheblicher Bedeutung handelt, die Auskunft schriftlich zu erteilen. Auch wird stets zu prüfen sein, ob etwa eine Streitigkeit in Betracht kommt. Liegt eine Streitigkeit vor, muß eine formelle Entscheidung abgegeben werden. — Die Hülfeleistung, welche einem nach einem fremden Betriebe entsandten Monteur einer Maschinenfabrik von einem Arbeiter dieses Betriebes vorübergehend ohne Auftrag gewährt wird, bedingt nicht den Uebertritt des Arbeiters in den Betrieb der Maschinenfabrik. — Die von Postagenten zu ihrer Vertretung herangezogenen Personen treten damit, auch im Falle ihrer nicht vorgeschriebenen förmlichen Verpflichtung auf getrene Amtsführung nicht in ein Dienstverhältnis zur Postverwaltung.

△ **Berlin**, 8. Juni. Ueber die Beschränkungen der Ein- und Durchfuhr ausländischen Fleisches durch das Fleischbeschaugesetz herrschen noch immer Zweifel. In das Zollinland dürfen nicht eingeführt werden: Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, sowie Würste und sonstige Gemenge aus zerkleinertem Fleisch; Hundefleisch, sowie zubereitetes Fleisch, welches von Pferden, Eseln, Maultieren, Maulesseln oder anderen Tieren des Einhufergeschlechts herrührt; Fleisch, welches mit einem der folgenden Stoffe oder mit einer solche Stoffe enthaltenden Zubereitung behandelt worden ist: Borsäure und deren Salze, Formaldehyd, Alkali- und Erdalkali-Hydroxyde und -Karbonate, schweflige Säure und deren Salze, sowie unterschwefligsaure Salze, Fluorwasserstoff und dessen Salze, Salicylsäure und deren Verbindungen, chlorsaure Salze, Farbstoffe jeder Art, jedoch unbeschadet ihrer Verwendung zur Gelbfärbung der Margarine und zum Färben der Wursthüllen, sofern diese Verwendung nicht anderen Vorschriften zuwiderläuft. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh (ausgenommen Kälber) und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden. Als Kälber gelten Rinder im Fleischgewichte von nicht mehr als 75 Kilogramm. — Pökel-(Salz-)Fleisch, ausgenommen Schinken, Speck und Därme, darf in das Zollinland nur eingeführt werden, wenn das Gewicht der einzelnen Stücke nicht weniger als 4 Kilogramm beträgt. Geräuchertes Fleisch, das einem Pökelverfahren unterlegen hat, ist als Pökelfleisch zu behandeln. Das nachweislich im Inlande bereits vorschriftsmäßig untersuchte und nach dem Zollauslande verbrachte Fleisch ist im Falle der Zurückbringung der amtlichen Untersuchung nicht unterworfen. Auf das im kleinen Grenzverkehre, sowie im Meß- und Marktverkehre des Grenzbezirkes eingehende Fleisch finden die Vorschriften der Fleischbeschau nur soweit Anwendung, soweit die Landesregierungen nicht Ausnahmen zulassen. Die unmittelbare Durchfuhr unter zollamtlicher Begleitung oder unter Zollverschluß, im Postverkehre auch ohne diese Kontrollmittel, ist als Einfuhr im Sinne des Gesetzes nicht zu betrachten; das zur Durchfuhr gelangende Fleisch unterliegt nicht der amtlichen Untersuchung.

— Einen Aufruf für die Reichstagswahl erläßt der Vorstand des Vereins inaktiver Offiziere der deutschen Armee und Marine. Er erklärt es mit Recht als dringend geboten, daß alle patriotisch gesinnten Männer, und mit ihnen die inaktiven, sowie die dem Beurlaubtenstande angehörenden Offiziere und Sanitätsoffiziere an den Wahlen teilnehmen. Denn es kommt auf jede einzelne Stimme an.

— Der Ausschuß des Bundesrats für Handel und Verkehr und die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen hielten heute Sitzungen ab.

— Nach Schluß einer Versammlung der katholischen Reichstagswähler Magdeburgs, in der beschlossen war, für den Kandidaten der reichserhaltenden Parteien Arendt (ntl.) einzutreten, wurde an den Anschlägen ein sozialdemokratisches Flugblatt verteilt: „Katholiken! Wählt nicht den Kulturkämpfer Arendt, sondern den Gegner des Jesuitengesetzes Blankuch!"

— Unter dem Stichworte „Aerztliches Titelwesen" findet sich in dem preußischen „Minist.-Bl. f. Medic.-Angel." die folgende Warnung:

„Die Führung des Titels „Dr." seitens eines nicht zum „Dr. med." promovierten Arztes ist unstatthaft. — In dem Erlasse des Ministers der Medizinalangelegenheiten vom 27. April 1903 ist darauf hingewiesen, daß nach dem Erkenntnisse des Kammergerichts vom 2. November 1891 und des Oberverwaltungsgerichts vom 25. Februar 1897 die Führung des Titels „Dr." geeignet ist, im Publikum die Täuschung hervorzurufen, der Betreffende sei eine zur Führung des medizinischen Doktortitels befugte Persönlichkeit. Ein Arzt, welcher „Dr. phil." und nicht „Dr. med." ist, würde sich hiernach durch die Bezeichnung „Dr." ohne den Zusatz „phil." der Möglichkeit der Bestrafung aussetzen."

— Auf dem Familientage derer v. Bülow in Heiligendamm am 5. und 6. Juni hat der Reichskanzler Graf v. Bülow als Vorsitzender eine Rede gehalten, über welche die „Kreuzztg." folgendes berichtet: Graf Bülow wies dabei darauf hin, daß im nächsten Jahre 750 Jahre verflossen sein würden, seit der ersten Erwähnung der Familie v. Bülow, die sich in einer Naheburger Urkunde des Jahres 1154 findet. In dieser langen Zeit habe das Geschlecht manchen hervorragenden General, eine Reihe ausgezeichneter Beamten, tüchtige Landwirte und gottbegnadete Künstler hervorgebracht. Die Familie sei stolz darauf, daß kein anderes deutsches Adelsgeschlecht dem Vaterlande so viele Offiziere geliefert habe. Sie sei auch stolz auf die Ritter vom Geist, die aus ihr hervorgegangen wären. Sie werde aber nur dann den guten Namen behaupten, den sie sich in der deutschen Geschichte gemacht habe, wenn jeder Sohn des Hauses sich stets das Motto vor Augen halte, das auf dem alten Familienbuche vom Jahre 1780 stehe:

„Der ist nicht klugs ein Edelmann,
Der geboren ist aus großem Stamm;
Oder der Geld und Reichtum hat,
Und tut doch keine redl'che Tat.
Die Tugend und die Höflichkeit
Adelt den Menschen alle Zeit."

Unter den Toasten, schloß der Reichskanzler, welche den Deutschen allezeit adeln, stehe in erster Linie die Liebe zum Vaterlande, zum deutschen Volke. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser. — Als anwesend wird auch der Reichsgerichtsrat v. Bülow aufgeführt, der den Toast auf die Damen ausgebracht hat.

— Zu einem Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund (Sitz Berlin) haben sich auf Beschluß der Konferenz der abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die am 13. und 14. April dieses Jahres in Bremen tagte, sämtliche Arbeiter-Abstinenz-Vereine Deutschlands zusammengeschlossen. Die Arbeiter-Abstinenten hoffen durch diese Organisation eine nachhaltigere Propaganda gegen den Volksfeind Alkohol inmitten der Arbeiterschaft führen zu können. — Vorsitzender des Bundes ist W. Miethke, Berlin N.W. 87, Rostockerstraße 14, Kassierer W. Sieben, Berlin S.O. 33, Brangestraße 46.

— Die Abordnung der englischen I. Royal-Dragoons ist in Berlin eingetroffen, um von ihrem Chef Kaiser Wilhelm Abschied zu nehmen. Das englische Regiment wird demnächst nach Indien gehen. Die Abordnung, bestehend aus dem Regimentskommandeur Oberstleutnant Lord Basing, Major Watkins und weiteren vier Offizieren, hat Wohnung in einem Hotel genommen. Die Herren sind Gäste des Kaisers und werden an den Kavallerie-Besichtigungen teilnehmen. Morgen früh findet die Besichtigung des Garde-Kürassier-Regiments und des II. Ulanen-Regiments statt, bei der die Abordnung zugegen sein wird. Zum Ehrendienste stehen ist der Rittmeister von Jörrn vom 1. Garde-Dragoner-Regiment kommandiert worden. — Eine Einladung zur Kavallerie-Besichtigung hat der hier gleichfalls eingetroffene Oberst Prevost, Kommandeur des österreich-ungarischen Husaren-Regiments Kronprinz Wilhelm, erhalten, der sich zu gleicher Zeit seinem Chef vorstellen wird.

— Das Befinden Dr. Hammachers hat sich wesentlich gebessert. Bei seinem hohen Alter von 79 Jahren hatte der schwere Grippe-Anfall, den er neuerdings zu bestehen hatte, ernste Sorgen hervorgerufen, doch hat die kräftige Konstitution des Patienten jetzt die Hauptgefahr glücklich überwunden.

— Hier angekommen sind der Kultusminister Dr. Studt von Frankfurt a. M., der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Vize-Admiral v. Tirpitz, der Oberstallmeister v. Haugk aus Dresden.

⊙ **Hamburg**, 8. Juni. Auf die Anzeige von der einstimmigen Annahme der Tiefladelinie ist dem Vorsitzenden der See-Berufsgenossenschaft folgendes Telegramm vom Kaiser zugegangen:

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Meldung von der einmütigen Annahme der vom Germanischen Lloyd ausgearbeiteten Tiefladelinie seitens der See-Berufsgenossenschaft mit besonderer Freude entgegengenommen; Allerhöchstdieselben danken herzlich und beglückwünschen die Genossenschaft zu diesem bedeutungsvollen Beschlusse.

Auf Allerhöchsten Befehl, der Geheime Kabinettrat
v. Lucanus.

⊙ **Gnesen**, 8. Juni. Der Geheimbundprozeß wurde heute abend gegen 9 Uhr auf morgen vertagt. Im Laufe der Verhandlung wurde eine Anzahl Gymnasiasten vernommen, die bekundeten, aus der Verbindung ausgeschieden zu sein, weil sie vom Pfarrer und vom Propst gewarnt seien. Alsdann wurde eine Reihe von Urkunden aus anderen Geheimbundprozessen verlesen, in denen festgestellt worden ist, daß auch polnische Gymnasiasten-Verbindungen einen bewaffneten Aufstand zur gewaltsamen Lostreißung der ehemals polnischen Landesteile von Preußen und die Wiederaufrichtung eines selbständigen polnischen Königreichs bezweckten.

* **Aus der Ostmark.** Einen Sieg hat das Polentum am letzten Freitag in Posen erfochten. Die dortige „gemeinsame Ortskrankenkasse 3" hielt eine Generalversammlung ab, um an Stelle der zum 1. Oktober ausscheidenden Aerzte neue zu wählen, und auf der ganzen Linie siegte der Polonismus. Bei den Spezialärzten, Zahnärzten, ja selbst bei Apothekern, Bandagisten und Optikern — überall entschied man sich für die Wahl von Polen; wo die Kontrakte noch länger liefen, faßte man den Beschluß, die Abkommen zum Oktobertermin zu kündigen. Ohne jedwede Rücksicht also auf die in der Kasse doch stark vertretene deutsche Minderheit wurden alle verfügbaren Aemter und Beziehungen an Herrschaften von bewährter nationalpolnischer Gesinnung ausgeliefert. Mit Recht schreibt das „Pos. Tagebl." aus diesem Anlaß:

Alle bewährte Aerzte, Zahnärzte und Gewerbetreibende, denen man nichts anderes vorwerfen kann, als daß sie Deutsche sind, werden also von jeder weiteren Tätigkeit ausgeschlossen. Offener kann man von polnischer Seite den Boykott der Deutschen nicht betreiben. Die deutsche Minderheit der Kassenmitglieder — sie ist keineswegs unbeträchtlich — wird einfach vergewaltigt. Wenn die polnischen Kassenmitglieder deutschen Aerzten usw. kein Vertrauen schenken, wie die Beschlüsse der Generalversammlung erkennen lassen, so wird man den deutschen Mitgliedern das gleiche Recht bezüglich der polnischen Aerzte usw. zugestehen müssen. Schon aus diesem Grunde halten wir es für geboten, daß die Aufsichtsbehörde die Beschlüsse beanstandet.

* **Detmold**, 9. Juni. Der Graf-Regent Ernst zur Lippe-Biesterfeld vollendet heute sein 61. Lebensjahr.

Spanien.

Beziehungen zu den Mächten.

* **Madrid**, 9. Juni. (Telegramm.) In der gestrigen Sitzung des Senates führte der Minister des Aeußern Abarzuza in Beantwortung einer Anfrage über die äußere Politik aus, daß Spanien mit den Nationen, die an Marokko interessiert sind, auf einem ausgezeichneten Fuße stehe und daß diese Mächte die Rechte Spaniens anerkennen. Spanien unterhalte mit England die besten Beziehungen. Bezüglich des Besuches des Prinzen Heinrich von Preußen erklärte der Minister, daß der Besuch lediglich ein Akt der Höflichkeit war. Abarzuza wies schließlich auf die Notwendigkeit einer Politik der Erhaltung des status quo hin.

Orient.

Balkanwirren.

* **Konstantinopel**, 8. Juni. Nach Angaben der Pforte wurde am Freitag 3 Stunden nördlich von Saloniki bei Gradobar oder Grazovon eine Bande aufgerieben, welche 15 Tote und 20 Gewehre zurückließ; einer wurde gefangen genommen. In den Kreisen Ishib, Kratovo, Kumanovo verteilen die Comités Waffen. Von Philippopel sind angeblich mit Revolvern und Dynamitbomben bewaffnete Komitatschi nach den Grenzprovinzen abgegangen.

Afrika.

* **Kapstadt**, 8. Juni. Jameson wurde heute zum Führer der Progressistenpartei gewählt.

* **Pretoria**, 8. Juni. Die gesetzgebende Versammlung beschloß, farbige und fremde Staatsangehörige von dem Gemeindewahlrecht auszuschließen.

Amerika.

Lage in Venezuela und Chile.

* **Berlin**, 9. Juni. Das hiesige venezolanische Konsulat erhielt die amtliche Mitteilung von einem entscheidenden Siege der venezolanischen Regierung über die Revolution.

* **Washington**, 8. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Das Staatsdepartement hat Anweisung gegeben, das Dekret, welches die venezolanischen Häfen sperrt, unbeachtet zu lassen, wo es den amerikanischen Handel führt, ausgenommen in den zur Zeit im Besitz der venezolanischen Regierung befindlichen Häfen.

* **Washington**, 8. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Das südatlantische Geschwader ist nach Valparaiso beordert worden, wo nach Berichten des dortigen amerikanischen Konsuls Unruhen ausgebrochen sind.

Militär und Marine.

⊙ **Berlin**, 8. Juni. S. M. S. „Vineta" ist am 5. Juni von Ponce (Porto Rico) nach St. Thomas in See gegangen. S. M. S. „Württemberg" ist am 6. Juni in Bergen eingetroffen und geht am 9. Juni von dort nach Stavanger in See. S. M. S. „Bussard" ist am 4. Juni in Hongkong eingetroffen und geht am 8. Juni von dort nach Mirsbay in See. S. M. S. „Panther" ist am 6. Juni in Annapolis eingetroffen. S. M. S. „Iltis" ist am 7. Juni in Shanghai eingetroffen. S. M. S. „Tiger" ist am 7. Juni in Shanghai eingetroffen. S. M. S. „Jaguar" ist am 8. Juni in Tsingtau eingetroffen. Dampfer „Silvia", mit der abgelösten Besatzung von Kiautschau, Transportführer Major von Frobel, ist am 6. Juni in Port Said eingetroffen und hat an demselben Tage die Heimreise fortgesetzt. S. M. S. „Grille" ist am 5. Juni ins Flensburg eingetroffen, am 6. Juni über Sonderburg nach Kiel gegangen und dort eingetroffen. Postation bis auf weiteres Kiel. S. M. S. „Zieten" ist am 6. Juni in Wilhelmshaven eingetroffen. S. M. SS. „Hagen" und „Hildebrand" sind am 5. Juni in Sassnitz eingetroffen, am 6. Juni weitergegangen und am 7. Juni in Kiel eingetroffen. S. M. S. „Rhein" ist am 5. Juni in Travemünde eingetroffen und geht am 12. Juni wieder in See. S. M. S. „Brummer" ist am 6. Juni von Kiel in See gegangen. Die Torpedobootsflottille ist am 6. Juni von Kiel nach Eckernförde zu Uebungen mit dem Geschwader in See gegangen. S. M. S. „Mars" ist am 6. Juni in Kiel eingetroffen. Postation für S. M. S. „Pelikan" ist von 8. Juni ab bis auf weiteres Brunsbüttelkoog. S. M. S. „Stein" ist am 8. Juni in Warnemünde eingetroffen und am 7. Juni nach Sassnitz weitergegangen. S. M. S. „Moltke" ist am 7. Juni in Swinemünde eingetroffen und geht am 16. Juni nach Kiel in See.

* Große Kavalleriemanöver werden am Donnerstag und Freitag im Beisein des Kaisers auf dem Döberitzer Uebungsplatze abgehalten werden. Der Kaiser gedenkt die Nacht zum Freitag ebenfalls im Döberitzer Lager zu bleiben.

Zu den Reichstagswahlen in Sachsen.

* **Leipzig**, 8. Juni. Die vom Agitations-Ausschuß der vereinigten nationalen Parteien zu gestern abend nach dem großen Saale des Zentral-Theaters einberufene nationale Wählerversammlung war von etwa 1500 Personen besucht. Unter den Anwesenden befanden sich auch, obwohl nur nationale Wähler eingeladen waren, eine Anzahl Sozialdemokraten.

Bei der Eröffnung machte der Vorsitzende Herr Zeiß darauf aufmerksam, daß die Einladung nur an nationale Wähler ergangen sei, und daß auch nur Angehörige der nationalen Parteien das Wort in der Debatte erhalten sollen, denn die Sozialdemokraten hätten sich in der letzten Versammlung genügend ausgesprochen. Es erhob sich hierauf ein starker Tumult. Von verschiedenen Seiten wurden Rufe „zur Geschäftsordnung" laut. Herr Zeiß erklärte demgegenüber, daß lediglich er über die Geschäftsordnung zu bestimmen habe. Auch habe er sich für diesen Abend das Hausrecht für den Saal erteilen lassen. Nach Verlauf von etwa 10 Minuten war dann soweit Ruhe hergestellt, daß Herr Professor Dr. Hasse zu seinem Vortrage über die Parteien das Wort ergreifen konnte.

Gleich bei Beginn meiner Ausführungen, so leitete der Redner ein, möchte ich feststellen, daß wir, als wir das letzte Mal hier zusammen waren, mit großer Geduld die Redner der Sozialdemokraten angehört haben, ohne sie zu unterbrechen. Aber das Bild, was wir soeben vor Augen und vor Ohren gesehen und gehört haben, zeigt uns, was wir von der sozialdemokratischen Freiheit zu erwarten haben.

Meine Herren! Ich bin vor einiger Zeit aufgefordert worden, mich nicht nur schriftlich, sondern auch mündlich über mein Programm auszusprechen. Meine schriftlichen Darlegungen werden Sie bereits in Händen haben. An einer Erwiderung in der „Leipziger Volkszeitung" hat es nicht gemangelt. Sie ist heute erschienen, aber in einem recht kindischen und läpptschen Tone gehalten. Schon die Ueberschrift „König Hasse" zeigt das. Dieser Titel wird mir beigelegt, weil ich von „meinem Leipzig" gesprochen habe. Nun, meine Herren, ich denke und fühle warm für Leipzig. Ich habe mir das Anrecht, von meinem Leipzig zu reden, in 28jähriger ernster Arbeit für unsere Stadt errungen und werde es mir auch durch die „Leipziger Volkszeitung nicht nehmen lassen. (Beifall.)

Ich hatte nicht die Absicht, auf die von mir am 24. Mai und in früheren Versammlungen eingehend behandelte zollpolitische Frage wieder zurückzukommen. Unter dem Einflusse der neuesten Ereignisse in England beherrscht sie aber so sehr die Politik des Tages, daß ich doch mit einigen Worten auf sie eingehen muß. Ich will heute fremde Gewährsleute für mich reden lassen. Der erste ist Chamberlain, und die Worte eines Engländers pflegen nicht nur bei den Sozialdemokraten ein größeres Gewicht zu besitzen, als die eines Deutschen. Was sagt nun Herr Chamberlain über die voraussichtlichen Wirkungen eines englischen Getreidezolles?

„Selbst wenn der Preis der Nahrungsmittel sich durch den Zoll erhöhe, so würden sicherlich die Löhne in noch größerem Verhältnis erhöht werden. Dies sei sowohl in den Vereinigten Staaten, als auch in Deutschland der Fall gewesen."

Es gibt aber auch noch eine andere Autorität, die sich in ähnlicher Weise ausgesprochen hat. Es ist Fürst Bismarck. Er sagte:

„Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt. Ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperieren, ich sehe, daß die mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: Wer will mit mir kämpfen? Ich bin zu jedem bereit — auch dieses geht zum Schutzzoll allmählich zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren."

Das hat der Fürst Bismarck im Jahre 1879 gesagt, es ist aber, als ob es für heute gesagt wäre. Und noch weiter. Er sagte im Jahre 1882:

„England hat die stärksten Schwielen gehabt, bis es unter deren Schutz so erstarkt war, daß es nun als herkulischer Kämpfer heraustrat und jeden herausforderte: Tretet mit mir in die Schranken! Es ist der stärkste Faustkämpfer auf der Arena der Konkurrenz, es wird immer bereit sein, das Recht des Stärkeren im Handel gelten zu lassen. Das Recht des Stärkeren gibt aber der Freihandel, und England ist durch sein Kapital und durch die Lager von Eisen und Kohlen, durch seine Häfen der Stärkste im Freihandelsfaustrecht geworden; aber doch nicht allein durch seine günstige geographische Lage, sondern nur dadurch, daß es so lange, bis seine Industrie vollständig erstarkt war, ganz exorbitante Schutzzölle dem Auslande gegenüber hatte. Nun ist es stark genug und sagt zu den anderen: „Nun kommt her, mit uns frei zu streiten; ihr werdet doch nicht so töricht sein, ihr werdet doch euer Geld unseren Produkten opfern." Das zauberische Wort „Freiheit" wird als Kampfruf an die englische Ueberlegenheit geknüpft, und mit dieser Maske werden unsere Freiheitsschwärmer an die Aushungerung und die Ausbeutung durch den ausländischen Handel gekirrt."

Auch zu der amerikanischen Gefahr, die heute von dem Sozialdemokraten Calwer in so überzeugender Deutlichkeit geschildert worden ist, hat der Fürst Bismarck wunderbar früh Stellung genommen. Denn es war am 14. Juni 1882, als er folgendes sagte:

„Was hat Amerika für große Geschäfte gemacht finanziell und wirtschaftlich von dem Augenblicke an, wo es den doppelten, fünffachen, zehnfachen unserer Schutzzölle eingeführt hat, wo es überhaupt das Prinzip verfolgt, seine Gesetzgebung nur für den Schutz der Amerikaner zu machen! Amerika ist reich geworden, bezahlt seine großen Schulden von den inneren Kriegen in einem Maße ab, dessen Ziffern auf uns einen unwahrscheinlichen Eindruck machen, aber doch richtig sind."

In der vorigen Versammlung habe ich angeführt, in welcher Weise sich die Sozialdemokraten den zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Gesetzen gegenüber ablehnend verhalten haben. Von einem sozialdemokratischen Redner, ich glaube, es war Herr Schlopflin, wurde der von mir verlesenen Liste sozialpolitischer Gesetze, denen die Sozialdemokratie die Zustimmung versagt hatte, eine doppelt so lange Leporelloliste von Anträgen gegenübergestellt, die von Sozialdemokraten eingebracht seien. Das war es ja gerade, was ich beweisen wollte. Statt Nützliches und Brauchbares zu schaffen, demonstrieren sie mit Anträgen, die nichts weiter kosten, als einen Bogen Papier und einige Tropfen Tinte. Wenn nun die Anträge noch Vorteile für den Antragsteller herausschlagen wollen, so sehe ich nichts Verdienstliches in einem solchen Antrage. Etwas anderes ist es, wenn man in weiser Beschränkung auf das Mögliche und Ueberwindung zahlloser Widerstände einem Gesetze die Zustimmung gibt, das eigene Berufs- und Standesinteressen zum Vorteile anderer Mitmenschen preisgibt.

Ich kann also nur auf meinem Standpunkte stehen bleiben, daß praktische Sozialpolitik nur von den bürgerlichen Parteien betrieben worden ist, während die Sozialdemokraten nur agitatorische Anträge einbrachten.

Ich habe dann von der weiteren Entwickelung der sozialen Gesetzgebung gesprochen und dabei darauf hingewiesen, daß zwar ein langsameres Tempo in der Fürsorge für gewerbliche Arbeiter, z. B. in Bezug auf die Reichsversicherung gegen Arbeitslosigkeit, erforderlich sei, daß aber andere bisher stiefmütterlich bedachte Gruppen der Bevölkerung endlich diese Fürsorge erfahren müssen. Dahin gehören die ländlichen Arbeiter und die verschiedenen Gruppen des Mittelstandes. Am 24. Mai habe ich mich vorwiegend mit dem sogen. alten Mittelstande, nämlich den Handwerkern und den selbständigen kleinen Händlern und Gewerbtreibenden, beschäftigt. Heute möchte ich auf die Wünsche der sogen. Privatangestellten, Techniker, Werkmeister und aller derer hinweisen, die, weil sie mehr als 2000 ℳ Gehalt haben, der Versicherungspflicht nicht unterliegen, die aber wünschen, für ihr Alter und ihre Invalidität, sowie für ihre Witwen und Waisen in ähnlicher Weise sichergestellt zu werden, wie die bisher Versicherungspflichtigen, denen ja durch die Krankenkassennovelle vom 28. Mai 1903 auch die Handlungsgehülfen und Lehrlinge hinzugefügt worden sind.

Redner gab nun eine eingehende Darlegung der geäußerten Wünsche und der verschiedenen Wege, auf denen die Wünsche erfüllt werden könnten. Er erblickte in der Erfüllung der Wünsche einerseits keine Mehrbelastung der Schultern des gewerblich selbständigen Mittelstandes, anderseits eine billige Folgerung aus den Forderungen der anderen Gruppen des Mittelstandes. Der Redner bemängelte hierbei, daß man von den Interessenten erst noch den Nachweis des Bedürfnisses und die Definition des Begriffes „Privatangestellter" gefordert habe.

In diese Gruppe des neuen Mittelstandes gehören eigentlich auch hinein die Handlungsgehülfen. Er möchte beinahe sagen, daß sich keine Gruppe so großer Fürsorge im letzten Jahrzehnt zu erfreuen gehabt hat, als gerade diese Gruppe. Angeführt seien hier nur die Gesetze über die Sonntagsruhe und den Ladenschluß, die doch hauptsächlich den kaufmännischen Angestellten zu Gute kommen. Sodann brachte das neue Handelsgesetzbuch viele Vorteile, und endlich habe die vor dem Schluß des Reichstages beschlossene Krankenkassennovelle eine viel weitergehende Versicherung der Handlungslehrlinge und Handlungsgehülfen ermöglicht.

Professor Dr. Hasse brachte bei dieser Gelegenheit ein von ihm erstattetes Gutachten zum Vortrage, aus der Sammlung von 39 Gutachten über die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, nach einer Umfrage, veranstaltet vom deutsch-nationalen Handlungsgehülfenverbande in Hamburg. Dieses Gutachten lautete:

„Ich glaube über die hygienischen und sittlichen Vorzüge einer weitestgehenden Sonntagsruhe, auch im Handelsgewerbe, kein Wort verlieren zu sollen, da meines Wissens niemand mehr diese Vorteile ernsthaft bestreitet.

Dagegen wird bekanntlich noch vielfach behauptet, in der Einräumung einer großen freien Zeit an Sonntagen und bei frühem Ladenschluß an den Wochentagen liege eine große Gefahr für mißbräuchliche Benutzung dieser Zeit. Ich teile diese Besorgnis nicht und ich meine, daß man auch eine mißbräuchliche Benutzung in den Kauf nehmen muß, um der vielen großen Vorteile willen, die in einem verständigen Gebrauche der Ruhe liegen. Freilich gilt dies meines Erachtens nur für Erwachsene. Und ich bedauere es daher, daß die durch unsere gewerbepolitische Gesetzgebung immer weiter fortschreitende Entlastung auch der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter nicht Hand in Hand geht mit einer entsprechenden Fürsorge für eine nützliche Verwendung der freien Zeit durch diese jugendlichen Elemente, die früher der Fürsorge des Prinzipals anvertraut waren und heute, besonders in den Großstädten, von den heimischen Familien lediglich den Gefahren der Verwilderung ausgesetzt sind.

Wenn die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juli 1891 keine völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ausgesprochen, sondern den Verwaltungsbehörden weitergehende Rechte in Bezug auf die Zulassung von Ausnahmen eingeräumt hat, so kann ich hierin kein Unglück erblicken; ich glaube vielmehr, daß eine längere Uebergangszeit erforderlich war, um allmählich zu einer völligen Sonntagsruhe zu gelangen. Denn gerade aus den im Bande 10 und 11 enthaltenen Denkschriften ergibt es sich, daß die Bevölkerung eine längere Zeit gebraucht, um sich an gewisse Reformanschauungen zu gewöhnen.

Nachdem nunmehr aber die Uebergangszeit 10 Jahre gewährt hat, glaube ich in der Tat, daß der Zeitpunkt gekommen ist, weitere Fortschritte auf dem Gebiete der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu machen und das, was sich auf dem Wege autonomer Regelung durch Ortsgesetze bewährt hat, in das Reichsrecht zu übernehmen und damit für das ganze Reichsgebiet bindend zu machen. Eine vollständige Beseitigung aller Ausnahmegewährungen durch Verwaltungsbehörden halte ich auch jetzt noch für unmöglich. Im großen ganzen scheinen mir die Ortsgesetze von Leipzig, Dresden und Nürnberg das Richtige zu treffen und geeignet zu sein, reichsgesetzlich übernommen zu werden.

Wenn in Ihren Denkschriften die Verpflichtung einer Rücksichtnahme auf die Konsumenten bestritten wird, so kann ich dieser Auffassung in ihrer Allgemeinheit nicht beitreten.